

Europäisches/Internationales Krankenhauswesen

- 234 EU-Förderprogramme im Bereich Gesundheit

Personalia

- 235 Dr. Rudolf Kösters ist alter und neuer Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen

Verschiedenes

- 236 Ergebnisse des ersten Krankenhaus-Barometers: Bewertung durch die Deutsche Krankenhausgesellschaft

Stellengesuch/Stellangebot

- 237 Stellenangebote für zwei Hauptreferenten/innen bei der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen

Veranstaltungen/Literaturhinweise

- 238 Deutsches Krankenhausinstitut, DKI Seminarprogramm Februar 2001
- 239 DKI-Seminar:
Erste Hinweise zur DRG-orientierten Dokumentation auf der Basis der neuen Kataloge der ICD-10 und des OPS-301
– DRG-Grundlagen, Umsetzungshinweise, praktische Beispiele und Übungen –
- 240 Haus der Technik e.V. Seminarprogramm Februar 2001
- 241 12. Forum für Krankenhaus-Software am 14. und 15.02.2001
- 242 IHF-Kongress 2001 in Hong Kong; Programm und Call for Papers
- 243 Neuauflage der Broschüre „Zahlen, Daten, Fakten 2000“
- 244 HOPE-Veröffentlichungen
- 245 ICD-10-SGB V Systematisches Verzeichnis für die stationäre Versorgung Version 2.0
- 246 Neuerscheinungen aus dem Baumann Fachverlag
– Sonderheft Networks
– Vernetzung und Kooperation
– Das Belegarztsystem als Bestandteil integrierter Gesundheitsleistungen – Ziele, Erfolgsfaktoren, Alternativen und Perspektiven
– Mehr Ordnung im Aktenberg

Beilage

- Schiedsstellenentscheidungen Nordrhein-Westfalen
7. Ergänzungslieferung Dezember 2000

Krankenhauspolitik

219 GKV-Finanzentwicklung im 1.- 3. Quartal 2000

Das Bundesministerium für Gesundheit hat am 30.11.2000 die Finanzentwicklung der GKV in den ersten drei Quartalen des Jahres 2000 bekannt gegeben (siehe auch: www.bmggesundheits.de).

Nach den vorliegenden Daten rechnet das BMG damit, dass die GKV im Jahr 2000 ein Ausgabenvolumen von insgesamt 260 Mrd. DM erreichen wird. Ebenso wie in den Jahren 1998 und 1999 wird mit einem Überschuss von ca. 1 Mrd. DM gerechnet. Erstmals kann nach BMG-Angaben die Verschuldung der ostdeutschen Kassen abgebaut werden. Die günstige Finanzlage wird vor allem durch erneute Mehreinnahmen bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen getragen. Es wird für das gesamte Jahr 2000 mit Einnahmen daraus in Höhe von ca. 3 Mrd. DM gerechnet, das ist 1 Mrd. DM mehr als veranschlagt.

Die Leistungsausgaben der GKV sind im 1. bis 3. Quartal 2000 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 1,8 % je Mitglied gestiegen. Die beitragspflichtigen Einnahmen verzeichnen einen Zuwachs um 1,6 %. Damit sieht das BMG das Ziel einer einnahmeorientierten Ausgabenentwicklung als erreicht an.

Die Ausgaben für Krankenhausbehandlung weisen eine Veränderungsrate je Mitglied von 1,3 % auf. Somit liegt der Anstieg der Krankenhausausgaben, wie bereits im Vorjahr, sowohl unterhalb der Steigerung der Leistungsausgaben insgesamt als auch unterhalb des Zuwachses der beitragspflichtigen Einnahmen.

Das BMG zeigt künftige finanzielle Risiken für die GKV auf, die nichts mit der Ausgabenentwicklung im Bereich der Leistungserbringung zu tun haben:

- Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Berücksichtigung der Einmalzahlungen beim Krankengeld.
- Die Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Beitragsbemessung bei den freiwillig versicherten Rentnern.
- Die Absenkung der GKV-Beiträge für Empfänger von Arbeitslosenhilfe.
- Die Reform der Erwerbsunfähigkeitsrenten, die dazu führt, dass die Krankenkassen länger Krankengeld zahlen müssen bis die Erwerbsminderungsrente gezahlt wird.

Unerwähnt lässt das BMG in der Pressemitteilung die durch die aktuelle Rentenreform beabsichtigte langfristige Absenkung des Rentenniveaus, die zu Beitragsmindereinnahmen in Milliardenhöhe führen kann.

Die vom BMG bekräftigte Politik der Ausgabenbegrenzung wird das sich verschärfende Einnahmeproblem nicht lösen können. Das bestärkt die in ihren "Positionen zur Weiterentwicklung im Gesundheitswesen" formulierte Forderung der DKG, dass eine Reform der finanziellen Grundlagen der GKV im Sinne des Erschließens neuer Finanzierungsalternativen erforderlich ist.

(Mibla, KGNW, Dezember 2000, lfd. Nr. 219/00)
s. KGNW-Rundschreiben Nr. 305/2000

220 „Grüne Gesundheitspolitik“ – Beschluss des Parteirats von Bündnis 90/Die Grünen vom 06. 11.2000

Das Papier zieht eine Bilanz grüner Gesundheitspolitik in der Regierungsverantwortung und skizziert aktuelle Vorhaben bis zum Ende der Legislaturperiode.